Biber

original

GEMEINDE BISTER

WASSERVERSORGUNGS-REGLEMENT

KEHRICHT-REGLEMENT

KANALISATIONS-REGLEMENT

GEBUEHRENORDNUNG

WASSERVERSORGUNGS-REGLEMENT
DER GEMEINDE BISTER

Der Gemeinderat von Bister,

eingesehen die Bestimmungen des Beschlusses vom 8. Januar 1969 betreffend die Trinkwasseranlagen,

eingesehen die Art. 226 und 227 des kantonalen Steuergesetzes vom 10. März 1976

beschliesst:

Art. 1

Die Wasserversorgung der Gemeinde Bister ist ein Betriebszweig der Gemeinde. Die Verwaltung und Beaufsichtigung besorgt der Gemeinderat.

Art. 2

Die Gemeinde Bister gibt unter nachstehenden Voraussetzungen und Bedingungen Wasser für landwirtschaftliche, häusliche und gewerbliche Zwecke ab.

Art. 3

Das Wasser wird an die Liegenschaftseigentümer abgegeben, die sich im Bereiche des Versorgungsnetzes befinden.

Der Liegenschaftseigentümer wird dadurch Abonnent und anerkennt die folgenden Bestimmungen des Reglementes.

Art. 4

Das Wasser wird im Verhältnis der Menge und der Installationskapazität geliefert. Die Besitzer von gewerblichen Anlagen, deren Verbrauch sehr gross ist, können angehalten werden, das nötige Wasser selbst zu besorgen, ausgenommen das zu persönlichen Trink- und Waschwzwecken nötige Wasser. Jeder Missbrauch bei der Wasserbenützung,

wie zum Beispiel Berieselung von Wiesen und Rasenplätzen, soll verhindert werden. In schweren Fällen ist der Gemeinderat berechtigt, die Wasserabgabe zu reduzieren oder zu unterbinden.

Art. 5

Allfällige Unterbrechungen des Wasserzuflusses, ungenügende Deckung des Bedarfs oder andere vorübergehende Mängel in der Wasserversorgung, die sie nicht selber verschuldet hat, verpflichtet die Gemeinde weder zum Schadenersatz noch zu Herabsetzungen des Tarifes.

Die Gemeinde ist verpflichtet, jede Wasserabstellung, die durch Installations- oder Unterhaltsarbeiten notwendig wird, rechtzeitig durch Publikation bekannt zu machen.

Der Gemeinderat ist befugt, in Notzeiten alle ihm nötig erscheinenden Massnahmen zu ergreifen, um jeder Vergeudung vorzubeugen.

Art. 6

Bei Feuersalarm stehen dem Feuerwehrdienst die Installationen der öffentlichen und privaten Hydranten zur Verfügung. Hydranten dürfen in der Regel nur zu Feuerlöschzwecken dienen.

Für einen vorübergehenden ausnahmsweisen Gebrauch ist eine schriftliche Bewilligung des Gemeinderates einzuholen, wobei auftretende Schäden an den Hydranten zu Lasten des Benützers gehen.

Art. 7

Jeder Abonnent ist verpflichtet, von der Wasserversorgung nur sachgemässen Gebrauch zu machen. Für Gebrauchszwecke, die weder im Reglement noch im Tarif aufgeführt sind, bleiben die Bestimmungen des Gemeinderates vorbehalten.

Art. 8

Für neue Anschlüsse ist ein schriftliches Gesuch mit den notwendigen Planunterlagen an den Gemeinderat zu richten.

Dasselbe gilt auch bei Erweiterungen oder Abänderungen der bereits bestehenden Installationen. Der Gemeinderat entscheidet über die Gesuche und stellt die technischen Bedingungen auf.

Art. 9

Installationen und Anschlüsse dürfen nur von Installateuren ausgeführt werden, die von der Gemeinde eine Konzession haben.

Der Anschluss an das Hauptnetz kann nur durch Einsetzen eines T-Stückes erfolgen. Für jeden Anschluss an die Hauptleitung muss ein zugänglicher Abstell- und Entleerungsschieber nach einheitlichem Muster erstellt werden. Die Kosten dieser Anschlussinstallation gehen zu Lasten des Abonntenen.

Art. 10

Beim Verkauf einer Liegenschaft hat der Abonntent die Pflicht, die Gemeindeverwaltung davon sofort in Kenntnis zu setzen. Im Unterlassungsfall schuldet er den Wasserzins bis zur Abmeldung.

Art. 11

Die Gemeindeverwaltung hat das Recht, die Hausinstallationen jederzeit überprüfen zu lassen. Der mit dieser Kontrolle Beauftragte hat Zutritt zu allen Räumlichkeiten. Werden Installationsmängel festgestellt, so wird eine Frist eingeräumt, um diese auf Kosten des Abonntenen zu beheben. Wird die Reparatur verweigert, kann der Gemeinderat die Wasserlieferung unterbinden.

Art. 12

Das Trinkwasser wird nach einem vom Gemeinderat aufgestellten Tarif geliefert. Der Gemeinderat ist befugt, diese Tarifansätze nach den Erfordernissen anzupassen. Tarif und Anpassungen unterliegen der Genehmigung durch die Urversammlung und den Staatsrat.

Art. 13

Zur Finanzierung und Betriebskostendeckung werden von den Abonntenen Gebühren und Beiträge erhoben. Diese bestehen aus:

1. Mehrwertbeiträge der Grundeigentümer
2. einer Anschlussgebühr
3. einer Grundtaxe
4. einem Verbrauchstarif
5. einer Zählermiete

Bei Neubauten ist der Einbau von Zählern obligatorisch. In älteren Liegenschaften, in denen noch keine Zähler installiert sind, wird der Verbrauch nach einem Pauschaltarif berechnet. Der Gemeinderat ist befugt, auch diese Liegenschaften mit Zählern ausrüsten zu lassen.

Art. 14

Befindet sich eine Liegenschaft im Eigentum mehrerer Abonnenten, so nehmen diese die Aufteilung der Gebühren unter sich vor.

Nimmt ein Abonnent diese Verteilung nicht an, kann er auf eigene Rechnung einen separaten Zähler einbauen lassen.

Die Zählermiete wird im Verhältnis der Anteile geteilt.

Art. 15

Der Ankauf der Zähler geht zu Lasten der Gemeinde und bleibt deren Eigentum. Der Standort des Zählers muss so gewählt sein, dass dessen Kontrolle jederzeit gewährleistet ist. Der Standort soll frostsicher sein. Ein- und Ausbau des Zählers gehen zu Lasten des Abonnenten. Der Unterhalt und die periodische Ueberprüfung gehen zu Lasten der Gemeinde. Für Schäden, die nicht auf die normale Abnutzung zurückzuführen sind, haftet der Abonnent.

In der Regel werden die Zähler halbjährlich abgelesen. Die Gemeindeverwaltung kann aber jederzeit Gebrauchskontrollen anordnen.

Art. 16

Die Rechnungsstellung für die Zählermiete und den Wasserverbrauch erfolgt ordentlicherweise jährlich an den Liegenschaftseigentümer, ausnahmsweise können sie auf Ersuchen des Eigentümers und unter dessen Haftbarkeit dem Hausmieter zugestellt werden.

Die Einsprachefrist beträgt 10 Tage ab Rechnungsstellung.

Der Rechnungsbetrag ist innert 30 Tagen zahlbar.

Art. 17

Der Abonnent kann eine Nachprüfung des Zählers verlangen. Ergibt die Nachprüfung eine Abweichung von 6%, so übernimmt die Gemeinde die Kosten des Zählerwechsels, andernfalls gehen die Kosten für die Prüfung und das Auswechseln des Zählers zu Lasten des Abonnenten.

Art. 18

Sofern der tatsächliche Wasserverbrauch infolge Versagens des Wasserzählers nicht festgestellt werden kann, wird die Rechnung aufgrund des mutmasslichen Verbrauches ausgestellt.

Dabei ist der Verbrauch der vorherigen oder der nachfolgenden Bezugsperiode als Grundlage anzunehmen.

Art. 19

Eine Kündigung des Abonnementes hat schriftlich und wenigstens 3 Monate vor Ende des Jahres zu erfolgen. In Ermangelung einer solchen Kündigung gilt das Abonnement jeweils als für ein Jahr erneuert. Dieselbe Frist ist auch für nur eine teilweise Kündigung einzuhalten.

Art. 20

Wird diesen Vorschriften zuwidergehandelt oder nachweislich Wasser verschwendet, ist der Gemeinderat berechtigt, Bussen von Fr. 10.-- bis Fr. 200.-- zu verhängen.

Konzessionierten Installateuren kann bei groben Verletzungen dieser Reglementsvorschriften vom Gemeinderat die Konzession entzogen werden.

Art. 21

Bei Aufhebung des Abonnementes ist der Gemeinderat berechtigt, die Leitung des Liegenschaftseigentümers auf dessen Kosten von der öffentlichen Leitung abzutrennen.

Art. 22

Differenzen in der Auslegung dieses Reglementes werden vom Gemeinderat entschieden. Gegen Beschlüsse und Entscheide des Gemeinderates, die dieser gestützt auf das vorliegende Reglement fällt, kann innert 10 Tagen an den Staatsrat Beschwerde erhoben werden. Massgebend sind die kantonalen Bestimmungen über das Verwaltungsverfahren.

Art. 23

Mit dem Inkrafttreten dieses Reglementes wird widersprechendes Recht aufgehoben. Vorliegendes Reglement tritt nach Annahme durch die Urversammlung und Genehmigung durch den Staatsrat rückwirkend auf den 1. Januar 1977 in Kraft.

So beschlossen in der Gemeinderatssitzung vom

Der Präsident:

Der Schreiber:

Genehmigt durch die Urversammlung am

Der Präsident:

Der Schreiber:

KANALISATIONS-REGLEMENT
DER GEMEINDE BISTER

Der Gemeinderat von Bister

eingesehen die Art. 226 und 227 des kantonalen Steuergesetzes vom 10.3.1976,

eingesehen die Bestimmungen des Gesetzes vom 18.11.1971 über das öffentliche Gesundheitswesen,

eingesehen die Bestimmungen des Beschlusses vom 8.1.1969 betreffend die Trinkwasseranlagen,

eingesehen das Dekret vom 27.6.1973 betreffend die Vollziehung des Bundesgesetzes vom 8.10.1971 über den Schutz der Gewässer gegen die Verunreinigung,

beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Zweck und
Umfang der
Kanalisation

Abwasseranlagen bezwecken die Sammlung und unschädliche Ableitung von Abwässern und Fäkalstoffen aus Häusern und Grundstücken und ihre Reinigung vor der Einleitung in einen Vorfluter. Sie umfassen:

- a) das öffentliche Kanalisationsnetz, welches von der Gemeinde erstellt oder erworben wurde,
- b) private Leitungen, welche von einem oder mehreren Grundeigentümern erstellt wurden,
- c) die Anschlussleitungen der einzelnen Gebäude,
- d) die zur Reinigung der Abwässer erstellten Anlagen und Einrichtungen.

Art. 2

GKP und Aus-
führungsplan

Das GKP (generelles Kanalisationsprojekt) bildet die Grundlage für den Bau von Kanalisationsleitungen in der Gemeinde. Sie erstellt im Rahmen der Ortsplanung ein GKP im

Massstab 1:1000. Die einzelnen Ausführungsprojekte werden publiziert und öffentlich mit einer Einsprachefrist von 10 Tagen aufgelegt.

Die Gemeinde führt über das gesamte Kanalisationsnetz einen detaillierten Nachführungsplan mit den ausgeführten Leitungen, Anschlüssen und Bauwerken.

Art. 3

Aufsichtsrecht der Gemeinde

Bau, Betrieb und Unterhalt der öffentlichen und privaten Abwasseranlagen unterstehen der Aufsicht des Gemeinderates. Dieser kann die Behandlungen oder Beratungen der Geschäfte einer Kommission übertragen und zur Begutachtung Fachleute herbeiziehen.

Art. 4

Oeffentliche Kanalisation

Die Gemeinde erstellt und unterhält die zur Ableitung und Reinigung von Abwässern aus öffentlichen und privaten Grundstücken notwendigen Abwasseranlagen. Die einzelnen Teile dieser Anlagen werden im Sinne des GKP nach einem Ausbauplan erstellt.

Die Aufstellung des Ausbauprogrammes erfolgt nach Massgabe der Bedürfnisse und der im Voranschlag vorgesehenen Mittel.

Art. 5

Durchleitungsrecht

Oeffentliche Kanalisationen werden in der Regel im Strassengebiet oder innerhalb der genehmigten Baulinien verlegt. "Die für die Führung der öffentlichen Leitungen durch private Grundstücke notwendigen dinglichen Rechte werden auf dem Enteignungswege erworben."

Art. 6

Private Kanalisation

Private Kanalisationsleitungen sind jene Leitungen, die von einem privaten Grundstück zur nächsten öffentlichen Kanalisation führen. Sie bedürfen der Bewilligung durch den Gemeinderat und sind nach dessen Vorschriften durch den Eigentümer zu erstellen, zu unterhalten und zu reinigen. Erfüllt der Eigentümer diese Pflicht trotz schriftlicher Mahnung innert der ihm vom Gemeinderat angesetzten Frist nicht, so lässt dieser auf Kosten des Eigentümers die nötigen Arbeiten ausführen. Die Eigentümer privater Anschlussleitungen können verpflichtet werden, andern Grundeigentümern die Mitbenützung der Leitung gegen angemessene Entschädigung zu gestatten gemäss den Bestimmungen des Art. 691 ZGB. Der Durchgang der Privatkanalisation muss als Dienstbarkeit im Grundbuch eingetragen werden.

Die Gemeinde ist berechtigt, die Abtretung privater Kanalisationen im Interesse des öffentlichen Wohles gegen Entschädigung zu verlangen. Die Gemeinde übernimmt in der Regel nur Leitungen, die den technischen Anforderungen entsprechen. Die Kosten irgendwelcher Anpassungsarbeiten und sämtliche Mehrkosten, die der Gemeinde jemals mit der Rücksicht auf solche Privatkanalisationen entstehen, sind von den Eigentümern selber zu tragen. Bei Privatleitungen, die von mehreren Grundeigentümern benützt werden, sind unter dem Vorbehalt anderer privaten Abmachungen, die Erstellungs-, Unterhalts- und Reinigungskosten gemeinsam zu tragen.

Wird im Bereiche einer privaten Kanalisation eine öffentliche Leitung erstellt, so ist der Grundeigentümer verpflichtet, das Gebäude an diese Leitung anzuschliessen. Die Kosten gehen zu Lasten des Grundeigentümers.

Art. 7

Anschlusspflicht und Anschlussrecht

Innerhalb der für die Ueberbauung eingezonten Gebiete sind alle Grundeigentümer verpflichtet, die Abwässer aus den Gebäuden und Grundstücken der öffentlichen Kanalisation durch unterirdische Leitungen zuzuführen. Bei bestehenden Gebäuden ist der Anschluss an neu erstellte Kanalisationsleitungen gleichzeitig mit deren Erstellung auszuführen. Bei Neubauten ist der Anschluss vor ihrer Vollendung auszuführen. Ausnahmen bedürfen der Bewilligung des Gemeinderates unter Zustimmung der kantonalen Instanzen.

Für Bauvorhaben ausserhalb des eingezonten Baugebietes besteht kein Anschlussrecht. Die Gemeinde kann den Anschluss auch verweigern, wenn zuerst über eine private Leitung ans öffentliche Kanalisationsnetz angeschlossen werden könnte.

Art. 8

Vorzeitige Erstellung von Kanalisationen

Soll eine Liegenschaft ausserhalb des vorhandenen Kanalisationsnetzes überbaut werden, so kann die Gemeinde einen Sammelkanal erstellen, wenn Aussicht auf eine bauliche Weiterentwicklung besteht. Die Grundeigentümer haben an diese Kanalisation einen Beitrag zu entrichten, der die Höhe der Kosten einer eigenen Anschlussleitung nicht übersteigen darf.

Die Anschlussgebühren bleiben unverändert.

2. Art der Abwässer

Art. 9

Definition
der Abwässer

Unter Abwässer im Sinne dieses Reglementes wird alles von einem Grundstück und den darauf erstellten Bauten abfliessende, gebrauchte und ungebrauchte Wasser verstanden.

Art. 10

Benützungsbeschränkungen

- 1) Das dem Kanalisationsnetz zugeleitete Abwasser muss so beschaffen sein, dass es weder die Anlageteile der Kanalisation und der Abwasserreinigungsanlage schädigt noch deren Betrieb, Unterhalt oder Reinigung beeinträchtigt oder das tierische und pflanzliche Leben im Vorflutgewässer gefährdet.
- 2) Es ist insbesondere verboten, folgende Stoffe mittelbar oder unmittelbar der Kanalisation zuzuleiten:
 - a) Gase und Dämpfe, Abwasser über 40 Grad Celsuis,
 - b) giftige, feuer- oder explosionsfähige und radioaktive Stoffe,
 - c) Jauche aus Aborten ohne Wasserspülung, Ställen, Miststöcken und Komposthaufen sowie Abflüsse aus Futtersilos,
 - d) Stoffe, die in der Kanalisation zu Verstopfung führen können wie z.B. Sand, Schutt, Kehricht, Asche, Schlacken, Küchenabfälle, Metzgereiabfälle, Lumpen, Ablagerungen aus Schlammsammlern, Klärgruben, Fett- und Ölabscheidungen usw.,
 - e) dickflüssige, ölige und breiige Stoffe wie z.B. Bitumen, Teer, Maschinenöl etc.,
 - f) Säure und alkalihaltige Flüssigkeiten in schädlicher Konzentration.
- 3) Im weiteren sind die Richtlinien über die Beschaffenheit der abzuleitenden Abwässer der zuständigen eidgenössischen und kantonalen Behörde zu beachten. Im Zweifelsfall entscheidet die zuständige Behörde zu Lasten des Gesuchstellers aufgrund einer Expertise. Der Grundeigentümer haftet für den verursachten Schaden.

Art. 11

Gewerbliche
Abwässer

Abwasser aus Gewerbebetrieben wird nur in die Kanalisation aufgenommen, wenn es ausreichend vorbehandelt und für alle Teile der Abwasseranlage unschädlich ist. Mit dem Anschlussgesuch ist gleichzeitig das Projekt für die Abwasseranlage der Vorbehandlung beizubringen. Nötigenfalls kann die Gemeinde auf Kosten des Gesuchstellers eine Expertise bei einer neutralen Stelle verlangen.

Art. 12

Nicht verun-
reinigte Ab-
wässer

Nicht verunreinigte Abwässer (Brunnen-, Sicker-, Drainage- oder Dachwasser) sind nach Möglichkeit nicht der Kanalisation zuzuführen. Der Gemeinderat kann die getrennte Ableitung von solchen Abwässern vorschreiben.

Art. 13

Abwasserrei-
nigungsan-
lage

- 1) Unter Vorbehalt von Art. 10 und 11 sind alle Abwässer ohne Vorbehandlung der ARA zuzuleiten.
- 2) Mit der Inbetriebnahme der ARA sind daher die bestehenden Einzelreinigungsanlagen, mit Ausnahme der Mineralölabscheider und der Anlagen zur Vorbehandlung gewerblicher Abwässer, innert einer vom Gemeinderat aufgestellten Frist auf Kosten der Eigentümer ausser Betrieb zu setzen.

Art. 14

Einzelrei-
nigungsan-
lage

Das Abwasser aus Grundstücken, welches nicht oder noch nicht an eine zentrale ARA angeschlossen ist, muss grundsätzlich durch eine Einzelkläranlage gereinigt werden. Solche Anlagen dürfen nur als zweikammrige Faul- und Klärgruben im Sinne der V.S.A.-Richtlinien und der kantonalen Bestimmungen erstellt werden. Ueber die Zulässigkeit der einzelnen Anlage entscheidet der Gemeinderat und die zuständigen kantonalen Stellen, Jauchegruben dürften keine Ueberläufe in die Kanalisation haben.

3. Bau- und Betriebsvorschriften

Art. 15

Bau- und Be-
triebsvor-
schriften

Der Gemeinderat stellt die Bau- und Betriebsvorschriften betreffend die Kanalisation und die ARA auf dem Gemeindegebiet auf.

Die speziellen Bestimmungen betreffend das Bewilligungsverfahren werden in den Ausführungsbestimmungen geregelt.

4. Finanzierung der öffentlichen Abwasseranlagen

Art. 16

Art der
Finanzierung

Die öffentlichen Kanalisationen der Gemeinde und der Beitrag der Gemeinde am Bau-, Unterhalt und Betrieb der ARA werden wie folgt finanziert:

- a) durch Beiträge der Grundeigentümer als Mehrwertbeiträge infolge Erschliessung des Baulandes,
- b) durch Anschlussgebühren, d.h. die von den Benützern der Abwasseranlagen zu bezahlenden, einmaligen Gebühren,
- c) durch Benützungsgebühren, d.h. die von den Benützern der Abwasseranlagen zu bezahlenden wiederkehrenden jährlichen Benützungsgebühren,
- d) durch Leistungen des Bundes und des Kantons,
- e) die im Gemeindebudget festzusetzenden Zuschüsse aus den allgemeinen Mitteln der Gemeinde.

Sämtliche Beiträge und Gebühren dürfen ihrem Zweck, die Ausgaben der Gemeinde für diese Aufgabe mitzufinanzieren, nicht entfremdet werden.

Art. 17

Beiträge

Die Beiträge, Anschluss- und Benützungsgebühren werden laut Beschluss des Staatsrates des Kantons Wallis vom 2. April 1964 über Ortssanierung in Art. 45 ff vom Gemeinderat in einem speziellen Tarifreglement festgelegt und unterliegen der Genehmigung durch die Urversammlung und den Staatsrat. Der Tarifansatz trägt den Erfordernissen der Gemeinde Rechnung.

Art. 18

Fälligkeit
der Gebühren

Den Mehrwertbeitrag und die Anschlussgebühr schuldet, wer im Zeitpunkt der Erschliessung oder des Anschlusses Eigentümer des angeschlossenen Grundstückes oder Gebäudes war. Die einmaligen Anschlussgebühren sind gleichzeitig mit der Genehmigung der Baubewilligung fällig. Die definitive Rechnungsstellung erfolgt, sobald die Katasterschätzung vorliegt.

Die Benützungsgebühren sind jährlich vom jeweiligen Eigentümer der Liegenschaft zu bezahlen.

Die Einsprachefrist beträgt 10 Tage ab Rechnungsstellung und der Rechnungsbetrag ist innert 30 Tagen zahlbar.

5. Schluss- und Strafbestimmungen

Art. 19

Haftung

Der Grundeigentümer haftet der Gemeinde für jeden Schaden und Nachteil, der wegen fehlerhafter Erstellung, ungenügender Funktion oder mangelhaftem Betrieb und Unterhalt in der Abwasseranlage verursacht wird.

Art. 20

Strafbestimmungen und
Verwaltungszwang

Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Reglementes und gegen Anordnungen des Gemeinderates werden mit einer Busse bis zu Fr. 5'000.-- bestraft unter Vorbehalt derjenigen Fälle, die in eidgenössischen oder kantonalen Gesetzen mit einer höheren Strafe belegt werden.

Unabhängig von der Strafverfolgung kann der Gemeinderat die Nachzahlungen hinterzogener Beiträge und Gebühren verlangen und die Beseitigung oder Abänderung der Anlagen anordnen, die den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechen. Im Falle der Nichtbefolgung ist der Gemeinderat berechtigt, die notwendigen Arbeiten auf Kosten des Pflichtigen ausführen zu lassen.

Fehlbare Pflichtige können angehalten werden, vorerst für die Kosten der Ersatzvornahmen Sicherheit zu leisten.

Art. 21

Anwendung des
Reglementes
und Beschwerde-
verfahren

Gegen Beschlüsse und Entscheide des Gemeinderates, die dieser gestützt auf das vorliegende Reglement fällt, kann innert 10 Tagen an den Staatsrat Beschwerde erhoben werden. Massgebend sind die kantonalen Bestimmungen über das Verwaltungsverfahren.

Art. 22

Inkraft-
treten

Mit dem Inkrafttreten dieses Reglementes wird widersprechendes Recht aufgehoben. Vorliegendes Reglement tritt nach Annahme durch die Urversammlung und Genehmigung durch den Staatsrat rückwirkend auf den 1. Januar 1977 in Kraft.

So beschlossen in der Gemeinderatssitzung vom

Der Präsident:

Der Schreiber:

Genehmigt durch die Urversammlung am

Der Prädident:

Der Schreiber:

GEBUEHRENORDNUNG

für Wasser, Kehricht und Kanalisation

- gestützt auf Art. 13 des Wasserversorgungsreglementes
- gestützt auf Art. 13 des Kehrichtreglementes
- gestützt auf Art. 16 des Kanalisationsreglementes

werden folgende Gebühren und Tarife festgelegt:

1. Wasserversorgung

- Grundtaxe:

- für jede Wohnung Fr. 30.--
- für Stallungen oder Hofbrunnen Fr. 10.--
- für Gärten mit eigenem Anschluss Fr. 5.--

- Verbrauchstarif:

- für Badewanne, Dousche, Klosett, Wasch-
becken, Lavabo, Waschmaschine, Wasch-
küche, Geschirrspülmaschine je Fr. 5.--
- gemäss Wasserzähler
- a) für Wohnzwecke Fr. 0.40/m3
- b) für Landwirtschaft Fr. 0.15/m3

- Bauwasser: 2 0/00 der Katasterschätzung

- Anschlussgebühr: 15 0/00 der Katasterschätzung
minimum aber Fr. 1'000.--

2. Kanalisation

- jährliche Gebühren: 100 % der jährlichen Wassergebühr
- Anschlussgebühr: 15 0/00 der Katasterschätzung
minimum aber Fr. 1'000.--

3. Kehricht

- Haushaltkehricht:

pro Haushalt	Fr.	60.--
pro Fremdenbett	Fr.	10.--

- Gewerbebetriebe/Restaurants/Lager:

- Verkaufsladen	Fr.	60.--
- Restaurant	Fr.	150.--
- Ferienlager	Fr.	500.--

Genehmigt vom Gemeinderat am 2. September 1977

Genehmigt von der Urversammlung am

25. Sept. 77

Genehmigt vom Staatsrat am

30.4.80